



„Mitten in die Apfelplantage sollen Strommasten kommen“, so Hildegard Gattermaier (m.). Familie Dick (l.) ist ebenfalls betroffen.

OÖ: 75 Bauern vor Enteignung

Gemeinsam mit dem Energiebetreiber will die Landesregierung Oberösterreich mehrere Freileitungen zur Stromversorgung umsetzen – und dazu sogar 75 Bauern enteignen. Bauern und Bürger gehen auf die Barrikaden.

Hier, direkt neben diesem Apfelbaum, soll einer der Masten aufgestellt werden“, zeigt Hildegard Gattermaier ganz aufgewühlt auf die Stelle in einem ihrer Streuobstgärten. Genau hier hindurch soll die Stromfreileitungs-Trasse von Ried nach Raab führen. Die Leitung mit 110 kV ist eine von drei geplanten Trassen (siehe auch Seite 17). top agrar Österreich berichtete bereits in der Ausgabe 8/2013 ab S. 8 erstmals darüber.

Enteignung steht kurz bevor: Das Land will mit den Leitungen die Versorgungssicherheit in Oberösterreich gewährleisten. Soweit, so gut. Denn gegen den Ausbau der Stromnetze haben auch

die von uns befragten Landwirte nichts auszusetzen. Nur die Freileitungen lehnen sie vor allem aus landschaftlichen und gesundheitlichen Gründen strikt ab und fordern stattdessen Erdkabel.

Doch die Energie AG-Tochter Netz GmbH und damit das Land Oberösterreich als Mehrheitseigentümer machen jetzt ernst: 75 Grundeigentümer in dieser Region sollen für den für 2019 geplanten Bau der knapp 20 km langen Trasse enteignet werden. Aktuell laufen schon die Lokalausweise von Energie AG und Behörde bei den Betroffenen.

So waren die Vertreter eben erst bei Markus Helml in Peterskirchen. Bei ihm soll die Leitung direkt neben seiner

Hofstelle 250 m seines Grundstückes überspannen. „Sie versuchen mit allen Mitteln, noch Unterschriften für die Grundablöse zu bekommen. Doch ich bin überzeugt, dass sich von den Betroffenen keiner dazu überreden lässt.“

Auf die Zukunft schauen: Helml selbst wurde eine Ablöse von 25000 € angeboten. „Durch die Enteignung bekomme ich vermutlich deutlich weniger“, so Helml. „Aber das ist mir egal. Denn ich bin der Meinung, wir sollten auf die Zukunft schauen.“

Der Landwirt fragt in Richtung Thomas Stelzer: „Ende die vom Landeshauptmann bei seinem Amtsantritt an-

gekündigten neuen Zeiten in einer Massen-Enteignung?“

„Zurück zum Betrieb Gattermaier nach Zell an der Pram. Sichtlich betroffen berichten Hildegard und Johann, was die Freileitung für sie bedeutet: „Wir haben 35 Jahre gebraucht, um uns mit dem biologischen Obstbau ein sicheres Standbein für unseren 11 ha-Betrieb aufzubauen. Mit dem geplanten Bau der Hochleitung, die direkt durch sämtliche Streuobstanlagen führen soll, wird diese mühsame Arbeit auf einen Schlag zerstört. Denn für unseren Betrieb bedeutet die Freileitung einen Totalschaden!“

Verständlich, denn Gattermaiers produzieren die biologischen Säfte ausschließlich aus Obst von Naturschutzflächen. Die Produkte werden meist direkt vermarktet. Auch bei Nachbar Josef Dick, der einen 70 ha-Betrieb mit Stiermast und Milchviehhaltung betreibt, soll die Trasse neben Haus und etlichen Metern Grund entlang führen.

„Alles Lug und Trug“: Auch er lehnt die Freileitung u.a. wegen des Eingriffs in die Natur, aufgerissenen (durchschnittenen) Wäldern und der Gesundheitsgefährdung von Mensch und Tier strikt ab. Und Dick fügt hinzu: „Die Stromtrasse ist ja bereits vor 20 Jahren geplant worden. Seither hat sich viel geändert. In der heutigen Zeit ist eine Freileitung jedenfalls nicht mehr Stand der Technik.“

Alle von uns besuchten Landwirte führen als Beispiel für Erdkabel-Lösungen das benachbarte Bayern an. „Dort werden Erdkabel verwendet, wenn diese nicht mehr als das 2,75-fache einer Freileitung kosten.“ Dazu erklärt die Energie AG auf Anfrage von top agrar: „Generell werden 110-kV-Netzprojekte in Österreich und auch in Oberösterreich in der Freileitungs-Ausführung geplant. Verkabelungen werden nur in dicht besiedelten, städtischen Gebieten durchgeführt, bzw. dort, wo durch örtliche

Schnell gelesen

- Land OÖ und Energie AG wollen im Innviertel eine 110 kV-Freilandleitung bauen.
- Sie wollen dafür jetzt 75 Bauern enteignen.
- Bauern und Bürger wehren sich und fordern Erdkabel.
- Auch im Mühlviertel und im Almtal, wo Freileitungen errichtet werden sollen, rührt sich heftiger Protest.

„Die Situation bei uns ist nicht mit Bayern vergleichbar!“

top agrar fragte bei OÖ Landeshauptmann-Stellvertreter und Energiereferent Dr. Michael Strugl nach.

Warum entscheidet sich das Land Oberösterreich als Mehrheitseigentümer der Energie AG beim Bau der 110 kV-Stromleitung von Ried nach Raab für die Freileitungs-Variante?

Strugl: Genehmigungsbehörde ist das Amt der OÖ Landesregierung. Diese prüft auf Antrag eines Netzbetreibers die Genehmigungsfähigkeit von eingereichten Projekten. Die Entscheidung für die technische Ausführung trifft der Netzbetreiber – in dem Fall die Netz Oberösterreich GmbH.

Warum werden die Vorschläge vieler Grundeigentümer über eine Erdkabel-Variante nicht geprüft bzw. ins Auge gefasst? Die Bürger sind nicht gegen die Stromleitung, sondern nur gegen eine Freileitung.

Strugl: Die Behauptung, dass es keine Prüfung von Varianten gegeben hat, trifft nicht zu. Kein anderes Projekt als dieses wurde im Vorfeld der Einreichung intensiver auf mögliche Alternativvarianten geprüft und diese in aller Ausführlichkeit diskutiert. Seit 1997 wird über die Stromversorgung der Region diskutiert. Im Jahr 2000 hat die TU Graz die 110 kV-Freileitungsvariante als technisch und wirtschaftlich geeignetste Variante bewertet. Zahllose runde Tische, zusätzliche weitere Gutachten, Maßnahmenprogramme wie Energiesparinitiativen, Gewerbe- und Landwirtschaftsprojekte etc. haben allerdings nichts am Stromverbrauchszuwachs der Region geändert und daher die 110 kV-Verbindung samt Umspannwerk als Lösung notwendig gemacht.

Was spricht gegen das Erdkabel?

Strugl: Gegen das 110 kV-Erdkabel sprechen laut Experten rein wirtschaftlich der um den Faktor 2 bis 3 höhere Preis sowie die halbe Lebensdauer im Vergleich zur Freileitung. Aus der Sicht der Versorgungssicherheit sprechen dagegen u. a. die eingeschränkten, aufwändigen Inspektionen, eine aufwändige



Foto: Land OÖ/Liedl

Dr. Michael Strugl schiebt die Verantwortung auf die Netz GmbH.

Fehlersuche, Erhöhung der Nichtverfügbarkeit bis zum Faktor 40 sowie ein ca. 30mal so hoher Erdschlussstrom als bei einer 110-kV-Freileitung. Dadurch ist die Länge der verlegbaren Kabel physikalisch begrenzt.

Nicht selten orientiert sich Oberösterreich aufgrund ähnlicher Strukturen an den Nachbarn in Bayern. Warum nicht bei der Stromversorgung? In Bayern werden Erdkabel verlegt, solange die Baukosten das 2,75-fache einer Freileitung nicht übersteigen. Und das ist offenbar fast immer der Fall, denn dort werden meist Erdkabel verlegt.

Strugl: Das 110 kV-Netz in Bayern ist technisch anders strukturiert: Dort ist durch die Betriebsweise der Netze die Kabellänge nicht physikalisch begrenzt wie in Österreich. Daher ist die Vergleichbarkeit nicht gegeben.

LH Stelzer sprach bei seinem Amtsantritt im April 2017 von einer neuen Zeit für Oberösterreich. Ist dies vereinbar mit der jetzt bevorstehenden Enteignung der Menschen?

Strugl: Wie bereits angeführt: Die Entscheidung für die technische Ausführung trifft nicht das Land, sondern der Netzbetreiber – in dem Fall die Netz Oberösterreich GmbH.



Foto: Altmann

Gerhard Ebetshuber ist einer der Hauptbetroffenen der Freileitung: Ihm werden 80000 € Entschädigung in Aussicht gestellt. Doch ihn interessiert das Geld nicht.

Gegebenheiten keine Errichtung einer Freileitung möglich ist.“

Besonders ärgern den Milchbauern die Umstände, die letztlich zur Genehmigung geführt haben: „Für mich war das alles Lug und Trug“, so Dick. Damit spricht er auf eine Resolution aus dem Jahr 2010 an, in der damals 14 Bürgermeister der Region Pramtal Süd über das Regionalmanagement OÖ eine bessere Stromversorgung forderten.

Und noch etwas gibt der Landwirt zu bedenken: „In unserem Gebiet geht es laut Netzbetreiber um die Versorgungssicherung der Region Pramtal Süd. Ein unabhängiger Gutachter hat bestätigt, dass diese Versorgungssicherheit mit einem dreisystemigen 30-kV Erdkabel für mindestens 40 Jahre gewährleistet ist.“

Dagegen sei eine 110 kV-Leitung nach Dicks Meinung überdimensioniert und unwirtschaftlich. Dick: „Die geplante Leitung transportiert 200 MW Strom, es werden aber nur 18 MW Strom in der Region Pramtal Süd benötigt.“ Es werde dadurch schon der Eindruck geweckt, dass diese geplante Leitung keine Versorgungsleitung, sondern eine Stromtransitstrecke sei. Die Energie AG schließt dies allerdings aus (siehe nebenstehender Kasten).

„75 % nicht übergehen“: Auf diese Initiative, aus der ein öffentliches Interesse an dem Projekt abgeleitet wurde, berief sich anschließend die Energie AG für den Bau der Freileitung von Ried nach Raab. Doch für eine Freileitung habe man sich damals in der Resolution nicht ausgesprochen, so Taiskirchens Bürgermeister Johann Weirathmüller.

Er räumt ein, dass man von der Energie AG dafür missbraucht worden sei.

Vielmehr sei man immer für eine Erdkabelvariante gewesen. „Leider halten in diesem Punkt nur die vier direkt betroffenen Gemeindevertreter zusammen“, so Weirathmüller. „Die anderen zehn halten sich hierzu eher bedeckt.“

Zu der bevorstehenden Enteignung meint der Bürgermeister: „Wenn 75 % der Grundbesitzer das Angebot der Energie AG nicht unterschreiben und sich damit klar gegen den Bau der Freileitung aussprechen, ist es für mich befremdlich, wenn darauf nicht reagiert wird.“

Er hat deshalb einen Brief an den Landeshauptmann geschrieben. Darin heißt es: „Wenn man tatsächlich mehr als zwei

Drittel der Grundeigentümer enteignet, wäre das wohl eine der größten Massenteignungen in der Zweiten Republik.“ Er appelliere an die Landesregierung, die Pläne nochmals zu überdenken.

Reisecker schwenkt um: In jüngster Zeit kommt auch vonseiten der Interessenvertretung Unterstützung für die Bauern. In den vergangenen Jahren waren die Versuche des Unabhängigen Bauernverbandes (UBV), die Freileitungen über einen Vollversammlungsbeschluss der Kammer zu verhindern, noch an den Gegenstimmen des Bauernbundes gescheitert. Kürzlich schwenkte dieser nun um.

Auf die Anträge des UBV angesprochen, meint Präsident Franz Reisecker zu top agrar: „Wir sind nicht gegen die Erdvariante, sondern für die Erarbeitung der besten Lösung für jede einzelne Leitung. Die LK OÖ hat sich am 27. Juni 2018 klar mit einer Resolution für Erdkabel positioniert. Der erwähnte Antrag des UBV war an den falschen Adressaten gerichtet und musste daher abgelehnt werden.“

Auch wenn sich die LK jetzt für ein Erdkabel ausspricht, räumt Präsident Reisecker gegenüber top agrar abschließend ein: „Wir haben als LK bei diesen Infrastruktur-Projekten keine Parteienstellung und daher auch keinen direkten Einfluss auf die Technologie der Stromleitungen.“ Falls es zu einer Enteignung komme, biete die LK Unterstützung durch Beratung bezüglich Vertragsgestaltung. Das dürfte die betroffenen Bauern aber wohl kaum interessieren.

Kontakt: altmann@lv-topagrar.at

Warum denn kein Erdkabel?

„Generell werden 110-kV-Netzprojekte in Österreich und auch in Oberösterreich in der Freileitungsausführung geplant“, erklärt Wolfgang Denk, Konzernkommunikation der Energie AG, auf Anfrage von top agrar. „Verkabelungen werden nur in dicht besiedelten, städtischen Gebieten durchgeführt, bzw. dort, wo durch örtliche Gegebenheiten keine Errichtung einer Freileitung möglich ist.“

Ob es die Energie AG und ihre Tochter Netz OÖ GmbH mit ihren demokratiepolitischen Grundsätzen vereinbaren können, 75 % der betroffenen Grundeigentümer enteignen zu lassen, wollten wir weiters vom Unternehmen wissen. „Wir wollen als Unternehmen im Dialog mit der

Bevölkerung unter Berücksichtigung technischer, wirtschaftlicher und gesetzlicher Rahmenbedingungen gemeinsam nach Lösungen suchen“, so die Antwort der Energie AG. Auf die geltenden Gesetze habe man keinen Einfluss, so Denk weiter.

Der Energie AG-Sprecher ergänzt: „Die Leitung nach Raab ist kein Zwischenschritt für einen weiteren Ausbau nach Ranna, wie ursprünglich einmal geplant. Nach der Wiederaufnahme der Planungen vor wenigen Jahren wurde die Leitung ausschließlich als Versorgung des Raumes Raab geplant. Die Zweitversorgung des Mühlviertels ist mittlerweile anders gelöst worden. Somit besteht kein Bedarf an einer Weiterführung der Leitung von Raab nach Ranna.“

„Sollten nichts bauen, wofür es gute Alternativen gibt!“

In zwei weiteren Regionen sind 110-kV-Freileitungen geplant. Im Almtal sorgt jetzt ein Gerichts-Urteil für einen Baustopp. Im Mühlviertel kämpfen sogar einflussreiche Persönlichkeiten für Erdkabel.



Im Mühlviertel wird schon in der Planungsphase gegen die Freileitung demonstriert.

Im Mühlviertel soll zwischen Freistadt und Rohrbach eine 40 km lange 110-kV-Freileitung gebaut werden. Im Gegensatz zum Innviertel ist man hier noch in der Phase eines Sondierungsverfahrens, das mögliche Trassen auf ihre Tauglichkeit testen soll. Doch schon jetzt ist der Protest von Bauern, Gastwirten und Bevölkerung gegen die Freileitung groß. Zentrale Forderung ist – wie auch im Innviertel – die Änderung des Stromwegesetzes und die Verlegung eines Erdkabels.

„Erdkabel ist Stand der Technik“ Erst kürzlich haben hunderte Menschen bei Freistadt für ein Umdenken der politisch Verantwortlichen in Linz demonstriert. Prominente Unterstützung haben sie durch den ehemaligen Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Er lebt in der Gemeinde Ahorn und ist damit selbst Anrainer. Mitterlehner sagte kürzlich bei einer Veranstaltung: „Ich bin nicht gegen eine gute Stromversorgung, aber Stand der Technik ist das Erdkabel. Das Mühlviertel

würde großen Schaden davontragen und wir brauchen nicht etwas zu bauen, wofür es gute Alternativen gibt.“

Wie zu hören ist, treten mit dem ehemaligen OMV-Chef Gerhard Roiss und den beiden Großgrundbesitzern Georg Starhemberg und Dominik Revertera weitere einflussreiche Persönlichkeiten für die Verlegung eines Erdkabels ein.

Paukenschlag im Almtal: Einen Paukenschlag gab es kürzlich bei der bereits in Bau befindlichen, rund 27 km langen 110 kV-Freileitung zwischen Kirchdorf und Vorchdorf im Almtal-Kremstal. Auch hier gab es Widerstand. So z. B. von einer Agrargemeinschaft mit 53 Mitgliedern. „Wir haben seit 2011 für ein Erdkabel gekämpft. Doch wir sind nur auf taube Ohren gestoßen“, erklärt der Obmann Franz Radner aus Pettenbach.

Da Radner und Kollegen einer Grundabläse nicht zustimmten, flatterte ihnen letztlich vor ca. zwei Monaten der Enteignungsbescheid ins Haus. Doch jetzt kam der Agrargemeinschaft und weiteren da-

von betroffenen Grundeigentümern der Europäische Gerichtshof (EuGH) vorerst zu Hilfe. Denn Radner hatte als Obmann der Gemeinschaft Rechtsmittel gegen den Bau der Freileitung eingebracht. Insgesamt haben 15 Betroffene, u.a. drei Gemeinden, geklagt. Und der Fall landete schließlich vorm EuGH. Dieser hatte über den Einspruch zur Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts zu befinden.

Nach dem Urteil des EuGH muss nochmals geprüft werden, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Konkret geht es darum, ob alle Flächen in der Leitungstrasse als Rodungsflächen zu sehen sind oder als bloße Fällungs- bzw. Aufhiebflächen gewertet werden. „Sollte die Rodungsfläche 20 ha übersteigen, muss jedenfalls eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Und dann geht das ganze Projekt zurück an den Start“, glaubt Radner noch an eine grundlegende Wende. Bei der Energie AG geht man aber nur von einer Bauverzögerung von „bis zu 18 Monaten“ aus. -al-